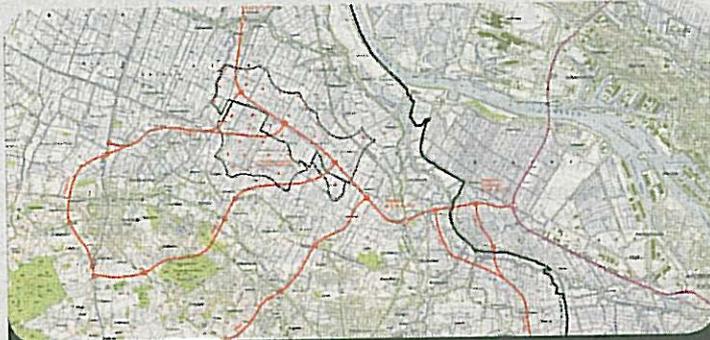


B213 beschlossene Sache?

# Ganderkesee wehrt sich gegen Umgehung

**Hat sich das Bundesverkehrsministerium in Sachen B213 schon auf den Bau einer Ortsumfahrung durch Ganderkeseer Gebiet festgelegt? Das deutet ein Brief an, der im Rathaus eingegangen ist.**

Der Bau einer Umgehung von Delmenhorst sei die einzig geeignete Lösung. Das ist die Auffassung des Bundesverkehrsministeriums, die Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU) der Gemeinde Ganderkesee schriftlich mitgeteilt hat. Er hat damit (nach fünf Monaten) auf einen Brief von Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas an seinen Minister, Peter Ramsauer (CSU), geantwortet. Darin hatte sie bekräftigt, dass die – ehemals „Entwicklungsachse“, nun B 213 genannte – Umfahrung nach den bisherigen Planungen und Erkenntnissen nicht zwingend notwendig sei. Gerken-Klaas' Reaktion nun: „Ich bin über diese Antwort enttäuscht und verärgert, da wieder einmal der Eindruck entsteht, dass für das Ministerium die Ortsumfahrung Delmenhorst bereits beschlossene Sache ist.“ Vom niedersächsischen Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) erhofft man sich in Ganderkesee, dass er sich in eine Zusage hält, die er vor zweieinhalb



**Kann die Umgehung über Ganderkeseer Gebiet noch verhindert werden?**

Jahren getroffen haben soll. „Das Land Niedersachsen wird eine solche Entwicklungsachse nicht befürworten oder fordern“, soll er damals sinngemäß zu einer von Gerken-Klaas angeführten Delegation gesagt haben. Daran wurde Bode nun brieflich erinnert. Unterzeichner sind neben der Bürgermeisterin und Vertretern von Heimat- und Bürgervereinen auch die Landtagsabgeordneten Axel Brammer (SPD), Ansgar Focke (CDU) und Christian Dürr (FDP). In dem Schreiben wird argumentiert, dass die zusätzliche Bundesstraße „einer noch längst nicht ausgelasteten Autobahn (A 281) Verkehr entzieht“ und dass sie „gewachsene Ortschaften durchschneidet“ sowie ein „riesiges, ökologisch wertvolles Gebiet durchtrennt“.

Ihrer Ablehnung haben die Ganderkeseer auch auf einer Regionalkonferenz in Oldenburg Gehör verschafft, wo Vertreter von Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie von Kammern, Verbänden und Bürgerinitiativen über geplante Straßenbauprojekte diskutierten. Während die Entscheidung über den Bau letztlich in Berlin getroffen wird, laufen an möglichen Streckenvarianten bis Ende Oktober noch Vorarbeiten, mit denen mögliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft untersucht werden. Die Ergebnisse gehen dann in das vorentscheidende Raumordnungsverfahren ein. Dieses wird, so Joachim Delfs von der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, voraussichtlich Anfang 2014 eröffnet.